

Herr Wertenbruch - 2611
und Herr Ruhe - Azubi

Kommunaler Bürgerhaushalt in Bergisch Gladbach

1. Idee und Konzept

Die Bürger nordrhein-westfälischer Kommunen bekommen die Auswirkungen der kommunalen Haushalte unmittelbar zu spüren. Verständlich ist der komplizierte Haushaltsplan für die meisten von ihnen jedoch nicht. Die Regelungen der GO NW, die zur öffentlichen Auslegung des Haushaltsplanentwurfs verpflichten, sollen Transparenz gewährleisten. Sie sind jedoch offensichtlich nicht ausreichend, da von der Möglichkeit zur Einsichtnahme aus o. g. Gründen kaum Gebrauch gemacht wird.

In Zeiten leerer Kassen und den damit verbundenen - häufig für die Bürger nicht nachvollziehbaren - unangenehmen politischen Entscheidungen, macht sich ein Trend des Vertrauensverlustes in die Politik bemerkbar. Häufig wird dem Ärger mit Aussagen wie z. B. „Die da oben machen doch sowieso, was sie wollen!“, „Politiker kennen die Probleme des kleinen Mannes nicht, da sie von ihnen gar nicht betroffen sind!“ oder „Was kann ich denn schon durch die Wahl verändern?“ Luft gemacht. Um dem Unverständnis für politische Entscheidungen und der damit verbundenen Abkehr von der Politik entgegenzuwirken, könnte die stärkere Einbindung der Bürger in politische Entscheidungsprozesse ein geeignetes Mittel sein. Diese Idee wird durch den sogenannten „Bürgerhaushalt“ aufgegriffen.

Wie sichern Kommunen auf lange Sicht Lebensqualität? Was kann getan werden, um den Wirtschaftsstandort zu erhalten? Wie begegnen Kommunen dem demografischen Wandel? Diese und andere komplexe Fragen müssen die Kommunen beantworten. Der Bürger kann ihnen dabei mit hilfreichen Einwänden und Vorschlägen zur Seite stehen, denn er ist es ja, auf den sich die Probleme der Kommunen direkt auswirken.

2. Ziele und Nutzen

Der Bürgerhaushalt hat drei zentrale Ziele:

- Transparenz für die Bürgerschaft über den Haushalt und die Haushaltsplanung schaffen
- Beteiligung der Bürger ermöglichen und so den Dialog zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung verbessern
- Entscheidungshilfen für die Politik durch Bürgerkonsultation zu generieren.

Verwaltung und Politik schaffen Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten und erhalten gleichzeitig über den Dialog mit den Bürgern Entscheidungshilfen und neue Anregungen. Ziel des Bürgerhaushalts ist nicht die Einführung basisdemokratischer Entscheidungsmöglichkeiten für die Bürger!

3. Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“

Das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann Stiftung haben im November 2000 gemeinsam das Modellprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ gestartet. Das Projekt endete im Sommer 2004. In sechs Projektkommunen wurden verschiedene Instrumente und Modelle erprobt, um den kommunalen Haushalt für die Bürgerschaft verständlich aufzuarbeiten und die Bürger im Dialog mit Politik und Verwaltung in den Prozess der Haushaltsaufstellung einzubeziehen. Das Verfahren stand dabei immer unter der Prämisse, den Rat als gewähltes Organ der Bürger in seinem Haushaltsrecht zu keinem Zeitpunkt einzuschränken.

Projektkommunen für den Bürgerhaushalt bis Juni 2004 waren in NRW die Städte Castrop-Rauxel (79.000 Einwohner), Emsdetten (35.000), Hamm (181.000), Hilden (56.000), Monheim (43.000) und Vlotho (21.000). Die Strategien und Erfahrungen einiger dieser Kommunen sind im Folgenden kurz erläutert.

4. Umsetzung

Zunächst wurden die Bürger der Kommunen über den Gesamthaushalt der Kommune und den Bürgerhaushalt informiert. Dies geschah durch das Aushändigen von Broschüren, durch Informationsrundgänge und -fahrten, Marketing (Flyer, Anzeigen etc.), Vorträge, Seminare und Öffentlichkeitsarbeit vor allem in der Lokalpresse.

Um alle Zielgruppen zu erreichen, kam es z. B. in Hilden zu besonders originellen Informationsveranstaltungen: Jugendliche und Erwachsene wurden mit dem an das Gesellschaftsspiel Monopoly angelehnten Spiel „Hildopoly“ mit großem Erfolg (550 Teilnehmer) an das Thema herangeführt. „Stammtischpolitiker“ wurden in Hilden durch das Verteilen von Bierdeckeln, auf denen die wichtigsten Haushalts-Daten grafisch ansprechend präsentiert wurden, in der ortsansässigen Gastronomie informiert.

Daraufhin leiteten die Projektkommunen die sogenannte „Konsultationsphase“ ein. In Form von Befragungen, Bürgerversammlungen, öffentlichen Anhörungen etc. hatten die Bürger die Möglichkeit, ihre Meinung zu den Schwerpunkten im Haushaltsplanentwurf zu äußern. Um möglichst viel Bürger zu erreichen, wurden in Monheim und Emsdetten auch dezentrale Veranstaltungen geboten, indem die Gespräche z. B. in den Häusern stattfanden, um die es in der Informationsveranstaltung ging: Hauptschule, Jugendheim, Feuerwache usw..

Die Erfahrung zeigte, dass mehr Bürger an den Veranstaltungen teilnahmen, wenn diese auf einem dem Bürger vertrauten, „neutralen Boden“, also außerhalb des Rathauses stattfanden, wenn Bürger persönlich angesprochen wurden und wenn die Bürgermeisterin / der Bürgermeister bei der Veranstaltung anwesend war. In Vlotho haben sich die Schüler eines Gymnasiums mit Einsparmöglichkeiten im Bereich der Schulbusse beschäftigt. Eine wenig frequentierte Haltestelle wird auf Vorschlag der Schüler nun nicht mehr angefahren, Haushaltsmittel können eingespart werden. Die Aktion ist ein gutes Beispiel dafür, dass Bürger Einschränkungen akzeptieren, wenn sie am Entscheidungsprozess teilhaben können. So gab die Stadt Monheim ihren Bürgern die Möglichkeit, am Tag der Landtagswahl 2000 auch über die Zukunft ihres Schwimmbades abzustimmen. Drei Vorschläge des Rates zur Umgestaltung des

Bades wurden den Bürgern zur Wahl gestellt. Der Stadtrat hat das Ergebnis der Entscheidung bei seiner Abstimmung über das Schwimmbad berücksichtigt.

Nach erfolgreicher Beteiligung der Bürger legten Verwaltung und Politik in allen Projektkommunen über das zurückliegende Haushaltsjahr Rechenschaft ab. In Emsdetten wurden alle Bürger, die an einer Informationsveranstaltung teilgenommen hatten, in einem persönlichen Anschreiben über die Ergebnisse informiert. Über die Tagespresse wurde eine Broschüre verteilt, in der Verwaltung und Rat ihre Entscheidungen zu Themen des Bürgerhaushalts darlegten und begründeten. In Vlotho erfolgte diese Begründung durch Veröffentlichung im Internet.

Der Bürgerhaushalt stieß bei allen Beteiligten auf überraschend positive Resonanz: In Hilden fanden zwischen 80 und 90 % der befragten Bürger die Idee sehr gut oder gut, in Monheim 70 %, 84 % der Emsdettener Bürger würden einer anderen Stadt die Realisierung eines Bürgerhaushalts weiterempfehlen.

Um die Meinung der Ratsmitglieder zum Bürgerhaushalt zu ermitteln, führten die Projektträger im Frühjahr 2003 eine Befragung von 276 Ratsmitgliedern aus den Projektkommunen durch. Rund die Hälfte der Befragten war entweder Mitglied im Haupt- oder Finanzausschuss oder im Fraktionsvorstand. Die Rücklaufquote lag bei einer (laut Aussagen des Innenministeriums) für Politiker relativ hohen Quote von 55,8 %. Ergebnis: 63 % der Ratsmitglieder gaben an, dass die Vorschläge der Bürger im Rahmen der Haushaltsberatung zum Haushaltsplanentwurf erörtert und in den Fraktionen intensiv diskutiert werden. 78,6 % konnten nun besser einschätzen, was dem Bürger wichtig ist, 63 % erhielten neue Anregungen für die Haushaltsberatungen und 27,9 % kamen mit Bürgern ins Gespräch, mit denen sie sonst eher nicht sprechen.

Die Verwaltungsmitarbeiter, die ja in erster Linie mit der Durchführung betraut werden, bewerteten das Projekt überwiegend positiv: die Auseinandersetzung der Bürger mit dem Haushalt stieg und damit auch die Zusammenarbeit zwischen Bürgern, Rat und Verwaltung. Der Bürgerhaushalt schuf außerdem eine verstärkte Identifikation mit der Stadt.

Die Stadt Köln, die der Einführung eines Bürgerhaushalts positiv gegenübersteht, führt zum Ende des Jahres ein öffentliches Symposium unter Einbeziehung externer Experten durch.

5. Kosten

Die finanziellen Kosten waren in allen Projektkommunen verhältnismäßig gering. Die Befürchtung, dass für eine sinnvolle Bürgerbeteiligung am Haushalt finanzielle Spielräume vorhanden sein müssen, hat sich nicht bestätigt. Einige der Projektkommunen unterliegen dem Haushaltssicherungskonzept. Gerade hier hat sich gezeigt, dass die Anregungen der Bürger mit Kostenbewusstsein gemacht werden. Die Einsicht in die Notwendigkeit zu sparen ist vorhanden. Sie wird begleitet von der Bereitschaft der Bürger, auch zum eigenen Nachteil auf Leistungen der öffentlichen Hand zu verzichten. Die Erfahrungen berechtigen zu der Hoffnung, dass es in den Kommunen mit einer Bürgerbeteiligung gelingen kann, sich gemeinsam Ziele zu setzen und umzusetzen. Absolute Zahlen werden in den Broschüren des Innenministeriums leider nicht genannt; wohl aber, dass die Städte einen Teil der Kosten durch Werbung und Sponsoren finanzieren konnten.

6. Fazit

Die Erfolgsfaktoren eines Bürgerhaushalts sind Ehrlichkeit und Fairness im Umgang miteinander, Transparenz in den Entscheidungen und Nachhaltigkeit in der Umsetzung bzw. Pflege eines Bürgerhaushalts.

Die Einführung eines Bürgerhaushalts erfolgt durch Ratsbeschluss. Der Rat muss die Bereitschaft zeigen, sich ernsthaft mit den Anregungen der Bürger auseinander zu setzen. Voraussetzung für ein Gelingen des Projektes ist aber auch die umfassende Vorbereitung des Bürgerhaushalts in der Verwaltung z. B. durch das Erstellen eines „lesbaren“ Haushaltes.

Die Einführung einer Projektgruppe „Bürgerhaushalt“ bei gleichzeitiger Bestellung einer bzw. eines Projektbeauftragten wird durch den FB 2 für sinnvoll gehalten. Hier gilt es, einen Zeit- und Maßnahmenkatalog zu entwickeln.

Durch die Projektgruppe wird natürlich Personal und Sachmittel innerhalb des Fachbereichs 2 gebunden.

Der VV wird gebeten, zu entscheiden, ob ein Bürgerhaushalt in der beschriebenen Form umgesetzt und eine Projektgruppe „Bürgerhaushalt“ eingerichtet werden soll.

Herr Kotulla zur Kenntnis und Weiterleitung zur Thematisierung im Verwaltungsvorstand.

Im Auftrag

Raimund Wertenbruch